



Brief aus Straßburg

Dr. Renate Sommer

Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet

Nr. 33; Juni 2005

Liebe Leserin, lieber Leser,

für große Aufregung hatte der Misstrauensantrag von 77 Abgeordneten gegen den Kommissionspräsidenten Barroso gesorgt. Auch sonst war für Spannung gesorgt: Rat und Kommission versuchten, einen neuen Weg nach den desaströsen Abstimmungen in Frankreich und den Niederlanden aufzuzeigen, es wurde um die Neuverteilung der EU-Finanzmittel für den Zeitraum 2007 bis 2013 gekämpft und es wurde dafür Sorge getragen, dass zukünftig kein „Flipper“ in europäischen Thunfischdosen zu finden sein wird.

Vorbereitung des Europäischen Rates (Brüssel, 16./17. Juni 2005)

Im Lichte der Ergebnisse der jüngsten Referenden zur EU-Verfassung in Frankreich und in den Niederlanden müssen sich die Staats- und Regierungschefs mit dem Zustand der Verfassungsratifizierung befassen. Auf der Tagesordnung des Gipfels wird u.a. Folgendes stehen: Die Finanzielle Vorausschau, die Reform des Wachstums- und Stabilitätspakts, die Lissabonner Strategie, die Bekämpfung vom Terrorismus und die Fortschritte der EU-Beitrittskandidaten (Bulgarien, Rumänien und die Türkei).

Finanzielle Vorausschau ab 2007

Das Parlament folgte in Teilen den Vorschlägen der Europäischen Kommission, schlägt aber auch Kürzungen und Aufstockungen der Mittel vor. Die Verwaltungsausgaben sollen um 10 Prozent gekürzt werden. Aufgestockt

werden sollen die Bereiche Forschung und Entwicklung sowie lebenslanges Lernen. Daneben forderten die Abgeordneten eine Aufstockung der Mittel für die Bereiche Justiz und Inneres sowie für die Außenpolitik.

Das EP möchte das Gesamtbudget 2007 - 2013 auf 883 Mrd. Euro (Zahlungsermächtigungen) bzw. 975 Mrd. Euro (Verpflichtungsermächtigungen) festlegen. Über die gesamte Laufzeit von sieben Jahren summieren sich die Einsparungen damit auf insgesamt 47,5 Mrd. Euro gegenüber den von der Kommission geforderten Haushaltsmitteln.

Kampf gegen den Terrorismus

Der anstehende EU-Gipfel am 16./17. Juni wird das Aktionsprogramm gegen den Terrorismus überarbeiten. Für das weitere Vorgehen hat das Parlament entsprechende Empfehlungen verabschiedet. Die Vorschläge der Abgeordneten konzentrieren sich auf verschiedene Aspekte der Prävention von Terrorangriffen und Reaktion auf Terrorattacken.

Kampf gegen Bioterrorismus

Im Rahmen des Projektes "BioShield" werden der amerikanischen Regierung mehr als zehn Jahre lang 5,6 Milliarden US-Dollar zum Kauf eines Vorrats an Impfstoffen und Medikamenten zur Bekämpfung von Anthrax, Pocken und anderen potenziellen bioterroristischen Kampfstoffen bewilligt. Das Parlament fragt Rat und Kommission, was innerhalb der Europäischen Union selbst und in Verbindung mit den Vereinigten Staaten und anderen Drittländern unter-

nommen wird, um auf mögliche Bedrohungen durch bioterroristische Anschläge zu reagieren.

Misstrauensantrag gegen die Kommission

Der von 77 Abgeordneten im Mai eingereichte Misstrauensantrag gegen die Europäische Kommission wurde vom EP mit großer Mehrheit (589 Stimmen) abgelehnt. Gemäß der Geschäftsordnung des EP fand die namentliche Abstimmung über den Antrag frühestens 48 Stunden nach dem Beginn der Aussprache statt. Für die Annahme des Antrags hätte es der Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen und der Mehrheit der Mitglieder des Parlaments bedurft. Wird ein Misstrauensantrag angenommen, müssen die Mitglieder der Kommission geschlossen ihr Amt niederlegen.

200 Millionen Euro Minus wegen Zigarettschmuggels

Insgesamt verursachten Unregelmäßigkeiten und Betrügereien im letzten Jahr einen Finanzschaden von rund 922 Millionen Euro. Allein der Zigarettschmuggel hat die EU im Jahr 2003 um Eigenmittel von mindestens 200 Millionen Euro gebracht.

Aus der Sicht des Europäischen Parlaments ist das Engagement der Mitgliedstaaten in der Betrugsbekämpfung nicht ausreichend. Die Regierungen müssten schärfere Maßnahmen ergreifen, um die Gefahr von Betrügereien wesentlich zu verringern. Zudem forderten wir die Regierungen auf, Kontrolle und Verwaltung der Strukturfonds zu verbessern.

Mehr Wettbewerbsfähigkeit durch Maßnahmen für die KMU

Zur Halbzeit der Lissabonner Strategie sind vorwiegend Misserfolge festzustellen, insbesondere was die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit angeht. Der Abstand zwischen Europa und seinen größten Konkurrenten hat sich seit 2000 noch vergrößert, und die EU ist weit davon entfernt, die selbst gesetzten Ziele zu erreichen. Das Europäische Parlament ist der Ansicht, dass die Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen eines der wichtigsten Ziele der Industriepolitik sein muss. Zudem ist es unbedingt notwendig, die Attraktivität der Industrie für Jugendliche zu stärken.

Schaffung einer Raumdateninfrastruktur (INSPIRE)

Gemäß dem Kommissionsvorschlag sollen die EU-Mitgliedstaaten geografische Informationen auf öffentlich zugänglichen Internetseiten veröffentlichen, die über das INSPIRE-„Geo-Portal“ koordiniert werden. Die Mitgliedstaaten sollen ferner mit Unterstützung der Europäischen Kommission gemeinsame Regeln für die Sammlung neuer und für die Aktualisierung bestehender geografischer Informationen entwickeln. Dieses System sollte innerhalb von zehn Jahren funktionsfähig sein.

Patientenmobilität

EU-Bürger, die sich in einem anderen Mitgliedsstaat medizinisch behandeln lassen wollen, sollen vom gemeinsamen Binnenmarkt profitieren. Mit der Debatte über einen vom Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit wie auch im Plenum nahezu einstimmig angenommenen Bericht will das Europäische Parlament die Verfügbarkeit grenzüberschreitender Gesundheitsdienste erleichtern und rechtlich absichern.

Thunfischfang ohne Gefahr für Delphine

Am 21. Mai 1998 wurde das Übereinkommen zum Internationalen Delphinschutzprogramm unterzeichnet und trat am 15. Februar 1999 in Kraft. Ein Schlüsselaspekt dieses Übereinkommens ist die Kennzeichnung des gefangenen Thunfisches. Das Kennzeichen „dolphin safe“ (delphinfreundlich), das hierbei vergeben wird, ist nur erlaubt, wenn keine Verletzungen oder Tötungen von Delphinen gemeldet werden.

Bis zum nächsten Straßburgbrief grüßt Sie herzlich

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an das Büro in Brüssel: +32 (0)2.284.7383